Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 11 (1931-1932)
Heft: 3

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Zum bundesrätlichen Geschäftsbericht über die auswärtigen Beziehungen.

Der Bundesrat legt der am 1. Juni zusammentretenden Bundesversammlung den Bericht über seine Geschäftsführung im Jahre 1930 vor. An erster Stelle steht der Bericht des Politischen Departements über die auswärtigen Beziehungen der Schweiz im Geschäftsjahr. Dieser ist durchaus kennzeichnend für das, was man heute in der Schweiz als Außenpolitik ansieht und wie diese zustande kommt und geleitet wird. Im Abschnitt „Zwischenstaatliche Beziehungen" finden sich beispielsweise folgende Gegenstände aneinandergereiht: 1. Liechtenstein; 2. Büsingen und Verenahof; 3. Rheinbrücke Koblenz-Waldshut; 4. Freizonen; 5. Fischerei im Genfersee; ... 12. Automobilverkehr zwischen der Schweiz und Italien; 13. Eisenbahn Cairate-Mendrisio; ... 18. Niederlassungsvertrag zwischen der Schweiz und Salvador; 19. Niederlassungs- und Handelsvertrag mit Siam; ... 24. Fremdenlegion; ... 26. Verschleppung von Missionaren in China; 27. Rußland; ... 31. König Faissal von Irak; 32. Der österreichische Bundeskanzler... Im Abschnitt „Grenzangelegenheiten, Ziffer B. „Grenzzwischenfälle" wird über „mehrere Fälle von Grenzverletzungen durch italienische Militär- und andere uniformierte Personen" berichtet. Der Abschnitt „Völkerbund" gibt „einige ergänzende Mitteilungen über Angelegenheiten, die außerhalb der Versammlung behandelt wurden". Unter „Friedliche Beilegung völkerrechtlicher Streitigkeiten" finden wir u. a. die Bemerkung, daß unter den vierundzwanzig bis zum heutigen Tag geschlossenen „Verträgen zur friedlichen Beilegung völkerrechtlicher Streitigkeiten" einzig „der Vertrag mit Argentinien und derjenige mit Frankreich vom 6. April 1925 noch nicht ratifiziert sind". Aus dem Abschnitt „Diplomatische und konsularische Vertretungen in der Schweiz, C. Diplomatische und konsularische Immunitäten" erfährt man die immer größere Zahl „der Exterritorialen in der Schweiz".*) Der Bericht über die schweizerische Außenpolitik wäre zweifellos unvollständig ohne Aufführung der Opfer, die das schweizerische Heimweh im Geschäftsjahr gefordert hat. Unter „Auswanderungsamt", Abschnitt „Klagen", lesen wir von „zwei noch minderjährigen Burschen", die von ihren Eltern veranlaßt wurden, auszuwandern, „damit sie in der Fremde arbeiten und einen solideren Lebenswandel führen lernen". Da sie weder das eine noch das andere taten, mußten „die Eltern angehalten werden, die Kosten für die Heimbeförderung zu zahlen". Weiter der Fall eines Schweizers, der sich nach Argentinien begeben wollte, auf der Fahrt von Hamburg nach Boulogne aber schon so „von Heimweh befallen" wurde, daß er nicht nur das Schiff verließ, sondern auf der Heimfahrt „zwischen Etaples und St. Josse aus dem Zuge sprang und sofort sein Leben einbüßte". Schließlich die Geschichte eines jungen Mechanikers, der nach Melbourne reiste, dort geisteskrank wurde und sich auf der Heimreise ins Meer stürzte und „trotz der sofort vorgenommenen Rettungsversuche nicht mehr aufgefunden werden konnte... Wie es dem Eingeschlossenen gelang, das Fenster zu öffnen und auf Deck zu kommen, ließ sich nicht feststellen". Mit diesen Worten schließt, nachdem diesen drei Fällen genau eine Seite Text gewidmet worden ist, der Bericht des Politischen Departementes.

*) 614 (im Vorjahr 568), davon fallen auf Bern bloß 130, der Rest von 484 auf Völkerbundssekretariat, Arbeitsamt u. s. w. in Genf; dazu kommen noch 549 (im Vorjahr 376) Beamte zweiter Kategorie, „die im wesentlichen nur Steuerbefreiung besitzen"; zusammen mit Frauen und Kindern ein kleines Heer von 3000—4000 Personen in der Schweiz, die nicht schweizerischem Recht und schweizerischer Besteuerung unterstehen.

Es liegt uns natürlich fern, über die rührende Fürsorgetätigkeit der Bundesbehörden für unglückliche Landeskinder oder die gewissenhafte Erledigung der hunderterlei Einzelfälle auswärtiger Beziehungen zu spotten. Hier handelt es sich aber um die Art der Berichterstattung darüber. Nach Art. 102, Abschn. 16 der Bundesverfassung ist der Bundesrat verpflichtet, „der Bundesversammlung jeweilen Rechenschaft über seine Verrichtungen, sowie Bericht über den Zustand der Eidgenossenschaft im Innern sowohl als nach außen zu erstatten". Wir bestreiten, daß der vorliegende Bericht dieser Verpflichtung nachkommt. Gewiß reiht er gewissenhaft jedes Geschehnis, das im Geschäftsjahr Gegenstand von Verhandlungen mit einer auswärtigen Macht gebildet hat, neben das andere. Einmal tut er das aber völlig unterschiedslos. Ein Brückenbau über einen Grenzstrom, die Fischerei in einem Grenzgewässer, ein Niederlassungsvertrag mit Siam, der Besuch des Königs Faissal von Irak in Bern nehmen in der Berichterstattung genau die gleich wichtige oder unwichtige Stelle ein wie etwa das Verhältnis zu Frankreich, Deutschland, Italien, Rußland oder zum Völkerbund. Dann sind auch die Einzelfragen, in denen sich das grundsätzliche Verhältnis zu diesen Mächten ausdrückt, über den ganzen Bericht verzettelt. So muß man beispielsweise Fragen, die das Verhältnis zum westlichen Nachbarn berühren, auf folgenden Seiten zusammensuchen: S. 7: Freizonen; S. 13: Fremdenlegion; S. 33: Nichtratifikation des Schiedsvertrages; S. 37: Wiedergutmachung der Kriegsschäden. Fragen, die unter die Beziehungen zu Deutschland fallen, finden wir auf S. 2: Einverleibung von Büsingen und Verenahof; S. 37: Ausbau des Rheins zwischen Basel und dem Bodensee; S. 38: Goldhypothekenabkommen; S. 39: Deutsche Lebensversicherungsgesellschaften. Von schweizerisch-italienischen Beziehungen ist die Rede auf S. 10: gegenseitiger Automobilverkehr; auf S. 13: Schwierigkeiten beim italienischen Grenzverkehr; auf S. 20: Grenzverletzungen. Was aber als das Allerunzulänglichste bezeichnet werden muß: es fehlt jegliches Urteil über die aufgeführten Gegenstände. Diese werden nicht nur kunterbunt, wie sie gerade aus den Schubladen und Aktenmappen der betreffenden Abteilungen zusammenkommen, aneinandergereiht. Die Leitung des Politischen Departementes vermeidet es auch sorgfältig, zu irgend einer Frage eine eigene Meinung abzugeben. Wie es z. B. im Zonenstreit steht, kann der Leser aus dem Bericht unmöglich erfahren; das Politische Departement sagt nichts darüber und die wiedergegebenen „Sach"-Angaben erlauben kein Urteil. Die österreichische „Frage" wird mit dem Gemeinplatz von der „tiefen Verankerung der althergebrachten freundnachbarlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Österreich im Bewußtsein der beiden Völker" abgetan. Kurz, es handelt sich hier um alles eher als um einen „Bericht über den Zustand der Eidgenossenschaft nach außen". Was vorliegt, ist ein Verwaltungsbericht, in dem die schweizerische Außenpolitik als reine Verwaltungsangelegenheit erscheint und behandelt wird.

Diese Art Berichterstattung wirft natürlich ein unmißverständliches Licht auf das heutige Verhältnis von vollziehender und gesetzgebender Behörde. Daß die Urheber der Bundesverfassung sich dieses Verhältnis anders gedacht hatten als es heute ist, geht aus der angeführten Bestimmung des Art. 102 der Bundesverfassung hervor. Der Bundesrat sollte Bericht erstatten über den Zustand der Eidgenossenschaft. An diesen Bericht konnte sich im Parlament eine Aussprache und Erörterung anschließen, ob die Vollzugsbehörde die Lage richtig beurteile und inwiefern sie dafür im guten oder schlechten Sinne verantwortlich sei. Von der Aussprache im Parlament wiederum gingen wegleitende Antriebe zur Bildung einer öffentlichen Meinung aus. Umgekehrt war das Parlament unter solchen Umständen das gegebene Organ, durch das eine bestehende öffentliche Meinung sich gegenüber der Regierung zur Geltung bringen konnte. Die Voraussetzung gesunder Staatlichkeit: die Übereinstimmung zwischen Regierenden und Regierten, bezw. die Möglichkeit, sie jederzeit zu bewerkstelligen, war vorhanden. Heute fehlt diese Überein-

stimmung in Bezug auf die Außenpolitik meist. Es fehlt, weil das Parlament als Organ außenpolitischer Erörterung versagt, aber auch die Möglichkeit, sie gegebenenfalls wieder herzustellen. Und schließlich fehlt es in außenpolitischen Dingen oft überhaupt an einer öffentlichen Meinung. Aus dieser Feststellung erhellt, daß man nicht die eine oder andere Behörde ausschließlich für den heutigen Zustand verantwortlich machen darf. Alles steht in Wechselwirkung. Das Volk hat die Behörden, die es verdient, die Regierung das Parlament und die öffentliche Meinung, die sie verdient. Aus diesem Zirkel führt nur hinaus, was an allen drei Punkten ansetzt. Für heute beschränken wir uns aber auf die Regierung.

Mit einem Bericht, wie dem vorliegenden, verzichtet der Bundesrat von vorneherein auf außenpolitische Wegleitung und Beeinflussung des Parlaments und damit im weiteren der Öffentlichkeit. Vielleicht tut er es, weil ihm angesichts der Gleichgültigkeit und Verantwortungsscheu des Parlaments in auswärtigen Dingen jede außenpolitische Aussprache unfruchtbar erscheint; vielleicht weil er davon nur eine unnötige Unruhe und ein Aufbrechen gegensätzlicher Meinungen befürchtet; vielleicht glaubt er auch die Fragen der Außenpolitik von sich aus besser erledigen zu können, als wenn er Parlament und Öffentlichkeit mit heranzieht. Was für Beweggründe ihn aber auch leiten mögen, er schwächt mit dieser Haltung seine eigene Stellung nach innen und außen, und vor allem die außenpolitische Stellung des ganzen Landes. Die Art, wie unsere Außenpolitik heute geleitet wird, ist daher nicht etwa ein Ausdruck von Stärke und ein Beweis der Gesundheit, sondern im Gegenteil des Krankseins und der Schwäche unseres Staatswesens.

Gewiß könnte an sich eine starke Regierung, die die Führung der Außenpolitik fest in Händen hält und deren Entscheidungen von sich aus trifft, die beste Gewähr für eine gute außenpolitische Führung sein. Der Bundesrat stellt aber heute alles andere als eine starke Regierung dar. Der starke Bundesrat, der mit starker Hand das Staatschiff durch die Fährnisse der Zeit steuert, ist eine schöne Vorstellung, aber nur eine Vorstellung. Vor achtzig Jahren mochte sie Wirklichkeit gewesen sein! Eine der wenigen Ausführungen auf dem Oltener freisinnigen Parteitag vom 26. April, die Lebendiges berührte, war die Feststellung eines Redners, daß die Partei sich nicht mehr wie in den vergangenen hundert Jahren einfach mit den Behörden gleichsetzen könne. Mit andern Worten: es gibt heute keine einheitlichen Behörden mehr, die von einer geschlossenen Mehrheit getragen werden. Und je mehr die Auflösung der obersten Landesbehörde in eine Anzahl von Vertretern der verschiedenen sprachlichen, konfessionellen und wirtschaftlichen Gliederungen des Landes fortschreitet, desto fühlbarer die Folgen: es gibt keine Gesamtbehörde mehr, die das Land nach einheitlichen Gesichtspunkten führt, sondern nur noch Departementsvorsteher, von denen jeder auf seinem Gebiet tut und läßt, was er will. Dadurch geht die einheitliche Auffassung von Zustand und Lage des Landes verloren. Wie weit das bereits der Fall ist, dafür liefert der Geschäftsbericht des „Bundesrates" ja den Beweis. Ferner bedeutet es eine völlige Verschleierung der Verantwortlichkeit. Formell ist der Gesamtbundesrat, wirklich das Politische Departement für die Außenpolitik verantwortlich. Schließlich macht noch das eine oder andere Bundesratsmitglied auf eigene Faust Außenpolitik. Unter diesen Umständen kann der Bundesrat heute unmöglich als das zur Führung der Außenpolitik unter Ausschaltung des Parlaments und der Öffentlichkeit berufene Organ erscheinen.

Niemand bekommt die nachteiligen Folgen des Beiseiteschiebens des Parlaments unmittelbarer zu spüren, als der Bundesrat selbst. Aus einem Parlament, das einfach zu allem, was er außenpolitisch tut, Ja und Amen sagt, kann er unmöglich Stimmung und Willen im Lande erfahren. Er verliert so Berührung und Zusammenhang mit der Öffentlichkeit. Das muß ihn notwendigerweise unsicher

machen, besonders dem Ausland gegenüber. Es fehlt ihm an der nötigen Rückendeckung im eigenen Land gegenüber von außen kommenden Forderungen. Seine Politik wird daher ängstlich und nachgiebig. Je mehr das der Fall ist, desto mehr scheut er dann wieder aus Rücksicht auf das Ausland die offene Aussprache über seine Außenpolitik. Darum die nichtssagende Art seiner Berichterstattung darüber. Er will dem Parlament den Geschmack an der Außenpolitik verleiden. Es soll in außenpolitischen Dingen im besten Fall sein Echo sein. Auch hier steht aber alles in wechselseitiger Bedingtheit. Je gleichgültiger Parlament und Öffentlichkeit in außenpolitischen Dingen werden, desto mehr fehlt für den Bundesrat der Zwang, das Beste zu leisten. Mit dem Niedergang und Bedeutungsverfall der einen Behörde sinken auch die Leistungen der andern. Bequemlichkeit nimmt leicht überhand. Man vermeidet es, den Dingen auf den Grund zu gehen. Auftauchenden Schwierigkeiten weicht man nach Möglichkeit aus. Gelingt das nicht ganz, dann sucht man wenigstens vor sich und der Öffentlichkeit ihre Tragweite zu verschleiern.

Durch das angekündigte deutsch-österreichische Zollabkommen und die neueste Notlage Österreichs ist die „österreichische Frage" plötzlich wieder brennend geworden. Diese Frage wird eben solange nicht von der europäischen Traktandenliste verschwinden, bis sie die ihr gemäße Lösung gefunden hat. Wie bequem hatte sich beispielsweise der Bundesrat ihre Beurteilung in seiner Botschaft vom 1. Dezember 1922 über die finanzielle Beteiligung der Schweiz an der Wiederaufrichtung Österreichs gemacht. „Vor dem Kriege — heißt es da — war die Schweiz von vier großen Staaten umgeben, die sich das Gleichgewicht hielten. Der Krieg hat diese Lage umgestaltet. Das Gleichgewicht ist gestört." Wer nun aber glaubt, der Bundesrat ziehe aus dieser Feststellung die Folgerung, daß es entsprechend im Interesse der Schweiz liege, daß dieses Gleichgewicht wieder hergestellt werde (was zum Beispiel teilweise durch eine Vereinigung des jetzt wehr- und hilflosen Österreich mit Deutschland geschehen könnte), sieht sich getäuscht: „Wir brauchen hierauf nicht näher einzugehen — fährt die Botschaft vielmehr fort —; es genügt, darauf hinzuweisen, daß das Verschwinden Österreichs ... nicht nur die Lage unserer Landesverteidigung, sondern auch unsere wirtschaftlichen Verhältnisse schwer beeinträchtigen würde... Das alles sind Wahrheiten, die keiner näheren Begründung bedürfen. Daher glauben wir, der Notwendigkeit enthoben zu sein, sie eingehender zu entwickeln." — Was hier der Bundesrat als über jegliche Begründung erhabene „Wahrheiten" ausgibt, sind Behauptungen, die in unserer Öffentlichkeit zum mindesten als sehr umstritten gelten. Zustimmen wird der bundesrätlichen Auffassung von 1922 zweifellos ohne weiteres die „Gazette de Lausanne". Der Chefredaktor des „Journal de Genève", William Martin, dagegen, hat dieser Tage in einem Artikel in der „Neuen Schweizer Rundschau" die Frage durchaus gegenteilig beurteilt: „Das Verschwinden eines unserer Nachbarn würde heute weniger gefährlich sein als es vor dem Krieg der Fall gewesen wäre. Früher ruhte unsere Unabhänggikeit ausschließlich auf dem Gleichgewicht unserer Nachbarn. Heute ist das nicht mehr so; Österreich ist so schwach, daß es nicht mehr in der Lage wäre, die Rolle des Gegengewichts zu spielen... Sein Verschwinden würde heute unsere politische Lage nicht spürbar ändern... Unter dem Gesichtspunkt einer Beurteilung des Zollabkommens nach der wirtschaftlichen Seite könnte das Ereignis für die Schweiz ein glückliches sein, wenn es ein Anwachsen des Wohlstandes in Österreich und Deutschland und infolgedessen eine Vermehrung ihrer Kaufkraft zur Wirkung hätte. Wenn also Deutschland und Österreich aus ihrem Abkommen wirkliche wirtschaftliche Vorteile ziehen, haben wir allen Grund, uns über dieses zu freuen." Wir wollen heute nicht näher auf die österreichische Frage eingehen. Es sollte an ihr nur aufgezeigt werden, wie unzulänglich der Bundesrat weittragendste außenpolitische Fragen behandeln kann, weil es an einer parlamentarischen Gegengewalt fehlt, die dagegen Einspruch erhebt.

Schließlich noch das Verhältnis von Regierung und Öffentlichkeit. Selbstverständlich sind der außenpolitischen Erziehung und Anleitung eines Volkes, das in der großen Mehrzahl seiner Vertreter lieber lohnendem Verdienst nachgeht, als sich ernsthaft mit den Daseinsfragen seines Staates zu beschäftigen, Grenzen gezogen. Aber zum mindesten sollte die Öffentlichkeit in ihrer außenpolitischen Gleichgültigkeit nicht noch von oben gefördert werden. Das geschieht aber durch eine Regierung, die einen außenpolitischen Geschäftsbericht abfaßt, dessen Ton und Haltung in einem derart krassen Mißverhältnis zum großen Ernst unserer außenpolitischen Lage steht. Wenn man sich in kommenden ernsten Zeiten auf eine geistig vorbereitete und unterrichtete öffentliche Meinung stützen will, darf man nicht jahrelang die Vorstellung fördern helfen, daß unsere Außenpolitik sich in der Regelung eines Brückenbaues über einen Grenzstrom oder im Abschluß eines Niederlassungsvertrages mit einem hinterindischen Kolonialstaat erschöpfe. Man darf aber auch nicht immer wieder die Meinung vertreten, daß die Aussichten auf Vermeidung eines neuen europäischen Krieges in dem Maße wachsen, als man grundsätzlich den Krieg und seine Mittel, die Rüstungen bekämpfe. Der Widerspruch, daß man auf der einen Seite diese Auffassung vertritt und auf der andern doch vom Volk immer größere Aufwendungen für seine eigene Rüstung und Wehrhaftigkeit verlangt, wird einmal untragbar. Ein Volk muß auf die Dauer geistig an solcher Zwiespältigkeit zugrunde gehen. Und ein Drittes, warum wir außenpolitisch der „Aktivierung" und nicht weiterer Vergleichgültigung bedürfen. Unsern Frieden vermöchten wir durch den ununterbrochenen weiteren Ausbau unserer Landesverteidigung zu sichern. Der europäische Friede aber, von dem letzten Endes unser Schicksal doch abhängt, verlangt einen geistigen Einsatz von uns. Wenn Europa überhaupt noch vor dem Furchtbaren eines neuen Krieges bewahrt werden kann, dann nur durch die volle, rückhaltlose Erkenntnis der Wahrheit. Der Weg, der vor vier und fünf Jahren begangen werden wollte und der durch die Namen Locarno, Völkerbund u. s. w. gekennzeichnet wird, ist ungangbar. Er mag vorübergehende Entspannungen gebracht und den Ausbruch lokaler Waffengänge verhindert haben. Zu einer Lösung, oder auch nur Aufrollung der entscheidenden Fragen hat er nicht geführt. Auch an seinem Ende würde, wenn man ihn zu Ende gehen wollte, nur Niedergang, Hunger und staatlich-gesellschaftlicher Zerfall weiter europäischer Kerngebiete stehen. Erschreckend deutlich hat ja soeben Frankreich in Genf seine Entschlossenheit bekundet, nicht von seinem Vorherrschaftsanspruch zu lassen. Europa entgeht dem Schicksal, das ihm in Versailles vorgezeichnet wurde, nur noch, wenn es in geistigen Aufstand tritt gegen diesen Herrschaftsanspruch, der nur Anspruch und nicht Herrschaft im Sinn wahrhafter, verantwortlicher Führung ist. Genf bedeutet weder ideologisch noch in den Taten einen solchen Aufstand. Im Gegenteil. Ideologisch ist es die Stütze von Versailles. Und durch das, was es tut, mag diesem und jenem Gegensatz oder Streitfall seine Schärfe genommen, die Spitze abgebrochen werden, aber immer doch nur, damit der Friede — von Versailles nicht in Gefahr gerät. Der Friede für Europa wird auf diesem Boden nicht hergestellt.

Zürich, den 26. Mai 1931.

Hans Oehler.

Zur politischen Lage.

Der Schlüsselpunkt der politischen Lage Europas. / Die Gestaltung der französischen Politik. / Frankreichs Zange im Osten. / Ist ein Ausweg denkbar?

Die mit Spannung erwartete Frühjahrstagung 1931 des Völkerbundsrates kann als neuer, freilich ja für einigermaßen denkende Europäer überflüssiger Beweis dafür dienen, daß das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich nach wie vor der Schlüsselpunkt der politischen Lage ganz Europas

ist. Die Verhandlungen des Völkerbundsrates haben weiterhin den Beweis von neuem erbracht, daß das deutsch-französische Verhältnis nach wie vor gespannt ist und bei jedem geringen Anlasse in offene Feindschaft ausschlägt. Man hat ja nun schon seit längerer Zeit versucht, diese beherrschende Tatsache der europäischen Lage durch einen internationalen Phrasenschwall zu verdecken und den Leuten vorzureden, daß hier alles in bester und schönster Ordnung sei. Dieses Täuschungsmanöver erfolgt jeweilen angeblich, um der Sache des internationalen Friedens zu dienen. Man kann auch gar nicht bestreiten, daß es gutgläubige Kreise genug gibt, die eine harte Tatsache durch bloßes Nichtachten oder durch die Ableugnung ihres Vorhandenseins aus der Welt zu schaffen glauben. Dieses Verfahren erinnert verzweifelt an die bekannte Vogel Strauß-Politik und wir wollen nur hoffen, daß das Erwachen aus diesen Selbsttäuschungen nicht allzu jäh und allzu unangenehm ausfallen wird. Inzwischen aber sind wir der Meinung, daß der Sache des Friedens nur dadurch gedient wird, daß man die wirklichen Tatsachen zu erkennen und, auf diese Erkenntnisse gestützt, den Weg zu praktischem Zusammengehen einzuschlagen sucht.

Gerade das aber ist in Genf nicht geschehen, sondern man hat sich damit begnügt, die scharfen Spannungen zu überkleistern und ihren Austrag zu vertagen. Das ist immer und immer wieder die Genfer Taktik. Dazu gehört auch selbstverständlich das Ausposaunen dieser Scheinerfolge in alle Welt und damit die bewußte Täuschung über die tatsächliche Lage. In diesem Stadium befinden wir uns auch gegenwärtig. Man kann dabei zugeben, daß ursprünglich bei diesem ganzen Vorgehen die gute Absicht vorhanden war, durch Vertagen Zeit zur Beruhigung der Gegensätze zu gewinnen und zugleich die öffentliche Meinung entsprechend zu beeinflussen; es ist das die Übertragung der Methode Coué in der Politik. Heute aber kann man unmöglich mehr verkennen, daß die Zeit nicht mehr auf die Beruhigung hin arbeitet, sondern die Spannungen verschärft. Die Reibungen sind eben so stark, daß die Unzufriedenheit dadurch immer neue Nahrung erhält. Und jetzt scheinen die Spannungen allmählich so stark zu werden, daß den Leuten die Geduld auszugehen beginnt. Diese unverkennbare Tatsache aber stellt uns ernste Auseinandersetzungen in Aussicht!

Dabei soll man ja nicht glauben, daß man über diese europäischen Schwierigkeiten mit Reden, mit rein formalem Entgegenkommen und mit papierenen Regelungen hinwegkommen kann. Dafür sind die Nöte der Völker Europas denn doch zu handgreiflich und zu drückend. Hier kann nur praktisches Entgegenkommen ohne das Kleben am Buchstaben helfen. Eine Neuregelung der europäischen Landkarte wird nicht zu umgehen sein, wenn man wirklich Schwierigkeiten aus der Welt schaffen schaffen will. Ob eine solche tatsächliche Lösung des europäischen Problems aber sehr wahrscheinlich und aussichtsreich ist, das soll an Hand von ein paar Beispielen aus der neuesten Zeit erwogen werden.

* * *

Ausschlaggebend für die europäische Zukunft ist zweifellos die Gestaltung der französischen Politik, da Frankreich unbedingt die stärkste Machtstellung auf dem europäischen Festland besitzt. Gerade Frankreich aber verfolgt in seiner Außenpolitik eine altbekannte feste Linie, die man zum Überfluß in den letzten Monaten und wiederum in den Verhandlungen des Völkerbundsrates noch einmal feststellen konnte. Man vermag also ohne weiteres zu erkennen, was man von Paris aus in Zukunft zu erwarten haben wird.

Frankreich treibt heute wie immer Großmachtspolitik. Es hat seit Jahrhunderten nach der Vorherrschaft in Europa gestrebt und heute besitzt es sie und bietet selbstverständlich alle Kräfte auf, um sich diese Stellung zu erhalten. In diesem Punkte kennen die französischen Parteien keine Meinungsverschiedenheiten, da alle der Überzeugung sind, daß diese Vormachtsstellung auch jedem einzelnen

Franzosen zum Vorteil gereiche. Sozialisten wie Paul-Boncourt, Radikale wie Herriot oder Briand, Nationalisten wie Tardieu und Poincaré empfinden diese Denkweise gleichermaßen als eine Selbstverständlichkeit. Ja es ist ihnen auch selbstverständlich, daß die französische Vormachtstellung der Welt zum Heile gereiche, der Sache des Friedens diene u. s. w. u. s. w. Man mag diese Auffassung als naiv bezeichnen, man wird aber doch erkennen müssen, daß gerade sie der französischen Politik ihre Stoßkraft und von keinen Zweifeln angekränkelte Zielsicherheit verleiht.

Nun kommt aber noch etwas anderes hinzu. Es ist für die Franzosen eine alte Erfahrungstatsache, daß ihre Vormachtstellung in allererster Linie von Deutschland her bedroht ist. Zeiten des Verfalls in Deutschland fielen jeweilen mit Blütezeiten der französischen Macht zusammen. Ein starkes Deutschland hat immer die französische Vormachtstellung wesentlich beeinträchtigt. Es ist deshalb heute ein Glaubensgrundsatz der französischen Außenpolitik, daß nur ein dauerndes Niederhalten Deutschlands die Erhaltung der französischen Machtstellung sichern könne. Nach diesem Grundsatz haben alle Führer der französischen Glanzzeiten gehandelt und ihn hat Clémenceau in die Tat umgesetzt. Poincaré und seine Nachfolger im französischen Außenministerium dachten und denken nicht daran, ihn aufzugeben. Das gilt ebenso wohl von Herrn Briand wie von jedem andern nominellen Machthaber am Quai d'Orsay.

Man hat sich deshalb auf französischer Seite im Friedensvertrag von Versailles nicht damit begnügt, den mit Hilfe der ganzen Welt niedergeworfenen Gegner die naturnotwendigen Folgen der Niederlage tragen zu lassen, das heißt die Last der Kriegsverluste, der Kriegsschulden u. s. w. Man hat vielmehr alles aufgeboten, um den deutschen Staat völlig ohnmächtig zu machen und diese Ohnmacht dauernd zu sichern. Man hat weder das Beispiel Bismarcks nach dem Sieg über Österreich 1866 nachgeahmt, noch das Beispiel des deutschen Reichskanzlers nach dem Sieg über Frankreich 1870. Man hat dem unterlegenen Gegner keine goldenen Brücken gebaut, noch hat man ihn sich selbst überlassen und ihm die Entfaltung seiner Kräfte in irgend einer Richtung gestattet, wie das Frankreich seit 1870 in den Kolonien tun konnte. Man hat Deutschland vielmehr alle Hilfsquellen und Betätigungsfelder entzogen, es völlig gefesselt, so weit man immer konnte. Damit hat man eigentlich ohne weiteres auf ein friedliches Nebeneinander verzichtet und die ganze Hoffnung auf die rücksichtslose Gewalt zur Niederhaltung des Nachbarn gesetzt. Diese Tatsache kennzeichnet die französische Politik gegenüber Deutschland seit dem Ausgange des Weltkrieges. Der eine Lenker der französischen Geschicke hat sein Heil ausschließlich bei der Gewalt gesucht und jede Verbrämung dieser Gewaltherrschaft mit schönen Reden verachtet: das war die Haltung Poincarés. Ein Mann wie Briand aber findet es weit besser, den Gegner mit lauter humanitären Phrasen lahm zu legen und zu jedem Löcken gegen den Stachel unfähig zu machen. Kommt man aber mit dieser geschickten und gefahrlosen Taktik nicht weiter, so greift auch der Friedenspolitiker Briand ohne Zaudern zu den bewährten Machtmitteln.

Diese Tatsache hat das Verhalten Frankreichs gegenüber der deutsch-österreichischen Wirtschaftseinigung mit aller nur wünschbaren Deutlichkeit klargelegt. Hier sah man eine Durchlöcherung des Friedensvertrages voraus, eine Stärkung Deutschlands, wenn sie natürlich auch kaum hoch angeschlagen werden kann. Das aber genügt, um Frankreich alle Mittel in Bewegung setzen zu lassen. Wohl blieb Briand seiner alten Taktik in der Hauptsache getreu, Deutschland durch den Völkerbund und die „Friedensidee" matt setzen zu lassen. Aber er ist doch für einen Augenblick aus der Rolle gefallen und hat unverkennbar darauf hingewiesen, daß Frankreich beim Versagen dieser friedlichen Mittel sich keinen Augenblick besinnen werde, zur Gewalt zu greifen.

Damit ist die ganze Friedenspolitik Frankreichs demaskiert. Man braucht eben die Friedensidee gerne so lange, wie sie zur Aufrechterhaltung der französischen

Machtstellung förderlich ist. Man nimmt natürlich die Hilfe der Pazifisten aller Länder gerne an, die die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes in Europa als Ziel aller wahren Friedensfreunde erklärt haben. Man spielt sich sehr gerne als Vorkämpfer der Idee des Rechts auf, solange dieses Recht das von den Siegern in den Pariser Vororten 1919 geschaffene ist und solange es dem französischen Standpunkt restlos zugute kommt. Wenn aber einmal der unterlegene Gegner aus dem Recht einen Vorteil ziehen sollte, dann pfeift man eben darauf und greift zur Gewalt!

Kann man noch mehr Klarheit über die französische Politik wünschen? Kann man sich aber auch vorstellen, daß diese Politik zur europäischen Beruhigung und zur dauernden Sicherung des Friedens führen wird? Diese Frage stellen heißt sie verneinen.

*

Die Wirkung dieser althergebrachten Einstellung der französischen Außenpolitik wird in jeder Beziehung vervielfacht durch ihre ebenso althergebrachte Verbindung mit dem Osten. Frankreich selbst hat ja eine sehr günstige natürliche Lage; nach Westen, Süden und Südosten bilden Meer und Gebirge gute Schutzwälle und nur nach Osten und Norden sind die Grenzen einigermaßen offen. Anders ist die Lage Deutschlands, das eigentlich mit Ausnahme des Südens überall offene Grenzen besitzt. Diese Schwäche der deutschen Mittellage in unserm Erdteil nützten die Franzosen von jeher aus und warben sich im Norden und im Osten wertvolle Bundesgenossen. Die Dänen, die Türken, die Polen und die Russen haben nacheinander oder miteinander in früheren Zeiten diese Rolle gespielt. So befand sich Deutschland in seinen Auseinandersetzungen mit Frankreich immer zwischen zwei Feuern. Auch heute hat Frankreich natürlich auf diese wirksame Zange nicht verzichtet, es hat sie vielmehr in ungeahntem Maße ausgebaut. Das neue Polen, die Tschechoslowakei, Großrumänien und Südslavien stehen im Militärbündnis mit Frankreich und sind jederzeit bereit, auf einen Wink von Paris die Front im Osten gegen Deutschland aufzurichten. Frankreich läßt sich diese Bundesgenossen etwas kosten. Es instruiert ihre Armeen und baut mit Milliardendarlehen ein strategisches Bahnnetz im Osten auf. Es liefert Waffen und Munition und verhilft zum Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie. Es betreibt eine Kulturpropaganda größten Umfanges und sichert sich auf dem im Balkan landesüblichen Weg den nötigen Einfluß auf die politischen Führer. So ist hier ein zuverlässiges System von französischen Vasallenstaaten entstanden, das von gemeinsamen Interessen und Feindschaften sicher zusammengehalten wird.

Diese Zange im Osten hat schon öfters funktioniert und sie hat sich auch in den letzten Monaten wieder bewährt. Polen, Tschechoslowakei und Südslavien sind auf den ersten Wink oder auch ohne Wink marschiert und haben Frankreich auf der ganzen Linie und bis hinein in den Völkerbundsrat unterstützt. Das ferner abliegende Rumänien ist etwas zögernd nachgefolgt. Der Erfolg blieb diesem konzentrischen Angriff ebenso wenig versagt wie in früheren Fällen. Übrigens hat das nicht nur Deutschland erfahren, sondern ebenso gut auch Italien.

In Deutschland empfindet man diesen französischen Ring im Osten außerordentlich schwer. Im Westen sind wohl eine ganze Reihe von Streitfragen vorhanden, die unerledigt sind und fast ständig von sich reden machen. Man denke an das Saargebiet und an Eupen-Malmedy! Aber seit der Rheinlandräumung sind hier keine Lebensfragen des deutschen Volkes mehr unaufhörlich umstritten und es ist im Westen so verhältnismäßig ruhig geworden. Umso lebhafter geht es im Osten zu. Hier sind Deutschland mit der jedes Maß übersteigenden Vergrößerung Polens Wunden geschlagen worden, die kaum vernarben können. Außerdem aber ist das neue Polen derart nationalistisch, daß es zu immer neuen Reibereien kommt. Im

Vertrauen auf die tatsächlich auch nie versagende Unterstützung Frankreichs sind die Polen sehr angriffslustig geworden und schrecken vor keiner Ausschreitung und keiner Herausforderung zurück. So haben sich hier an der deutschen Ostgrenze Zustände herausgebildet, die man früher nur im Balkan gekannt hat. Polen arbeitet unaufhörlich an der Vernichtung der starken deutschen Minderheit in seinen Grenzen. Es versucht immer wieder Danzig ganz für sich zu gewinnen. Es denkt und spricht ständig von der Eroberung von Schlesien, Ostpreußen u. s. w. Und es verleiht allen diesen Bestrebungen durch seine fieberhaften Rüstungen die nötige Bedeutung. Diese Lage an der polnischen Grenze wird von Deutschland immer mehr als unerträglich empfunden; darüber sind sich alle deutschen Parteien einig.

Man kann sich nun vorstellen, wie diese Ostfragen auf die Gestaltung des deutsch-französischen Verhältnisses zurückwirken müssen. Findet sich im Westen kein Anlaß, um die Gemüter aufeinanderplatzen zu lassen, so werden die Leidenschaften umso sicherer von Osten her aufgepeitscht. Wirklich haben die Polen bei der Zuspitzung des deutsch-französischen Verhältnisses in der letzten Zeit die Hauptrolle gespielt. Die Tschechen vermögen da lange nicht mitzukommen. Insgesamt aber ergibt sich eine Lage, die immer aufs Neue den europäischen Frieden vor die schwersten Belastungsproben stellt.

* * *

Es ist klar, daß unter derartigen Verhältnissen ein reibungsloses Nebeneinander oder gar ein Zusammenarbeiten von Deutschland und Frankreich nicht möglich ist. Man weiß in Frankreich auch ganz genau, daß man Deutschland so viel aufgebürdet hat und es unter einem derartigen Druck hält, daß es nur mit Gewalt in dieser Lage gehalten werden kann. Diese Überzeugung aber veranlaßt die Franzosen, ihr politisches System immer weiter auszubauen und ihre militärische Rüstung immer mehr zu fördern. Aus diesem Kreislauf der Dinge herauszukommen, das erscheint heute einfach unmöglich. Niemand sieht den Weg, der Frankreich veranlassen könnte, eine andere Haltung einzunehmen. Bei Frankreich aber liegt die Entscheidung, es muß als Herrin der Situation vorangehen.

Inzwischen aber wachsen die Gefahren. Die Minderheitenfrage vergiftet weiterhin die politische Luft. Die Wirtschaftskrise aber macht die Völker unruhig und peitscht die Leidenschaften auf. Die politischen Spannungen wachsen dementsprechend mehr und mehr. Wird es unter solchen Umständen noch rechtzeitig gelingen, eine wirkliche Lösung der europäischen Schwierigkeiten zu finden?

Aarau, den 27. Mai 1931.

Hektor Ammann.